

Im Westen nichts Neues

Inhalt

1. Einleitung	121
2. Die Aufweichung der Souveränitätsnorm in den internationalen Beziehungen	122
3. Das Ende des politischen Westens	124
4. Die Schwächung multilateraler Institutionen und die Rückkehr von Direktoraten	126
5. Die Rückkehr des entgrenzten Krieges	128
6. Fazit	130

1. Einleitung

Seit einer Koalition von Staaten am 19.3.2011 damit begann die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung umzusetzen, sind verschiedene Aspekte dieser Intervention Gegenstand von akademischen und publizistischen Kontroversen. Von der Frage über die Sinnhaftigkeit des Mandates des Sicherheitsrates (The Editors 2011: 1; Nachtwei 2011) über die militärischen Aspekte der Operation (Cordesman 2011 a und b) bis hin zu dem deutschen Abstimmungsverhalten im UN-Sicherheitsrat (Sinjen 2011; Müller 2011): Es gibt kaum einen Punkt, der nicht umstritten ist und in diversen Policy-Papieren oder den Spalten der Qualitätszeitungen (wie z.B. FAZ, SZ, FR und Die ZEIT) thematisiert wird. Was bislang jedoch fehlt ist die Einordnung der Ereignisse im Lichte allgemeiner Entwicklungen der internationalen Politik der letzten beiden Jahrzehnte. Ist die Libyen-Operation eine logische Konsequenz bestimmter Tendenzen, wie sie der aufmerksame Beobachter des Zeitgeschehens identifiziert, oder stellt die Intervention in Gaddafis Wüstenstaat eine Ausnahme, ein singuläres Ereignis dar, das zwar zu einigen Problemen und Friktionen führt (wie z. B. hinsichtlich der deutsch-französischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen), das jedoch nicht emblematisch ist für die Entwicklung der internationalen Beziehungen seit dem Ende des macht- und ordnungspolitischen Systemantagonismus zwischen Ost und West?

Diesen Fragen will der vorliegende Beitrag nachgehen. Er geht dabei von der These aus, dass die Libyen-Intervention die konsequente Fortführung eines liberalen Interventionismus, wenn nicht gar eines liberalen Imperialismus (Mearsheimer 2010: 20) ist, den man in der internationalen Politik seit nunmehr 20 Jahren beobachten kann. Der liberale Interventionismus hat als Zielsetzung die Verbreitung von demokratischen Staatsformen, notfalls unter Einsatz militärischer Machtmittel, zu fördern. Grundlegend ist bei Befürwortern des liberalen Interventionismus die aus dem Theorem des Demokratischen Friedens herrührende Annahme, dass Demokratien in ihrem Außenverhalten weitaus friedfertiger sind als autoritäre Staaten und damit eine Welt, in der die Mehrzahl von Staaten intern demokratisch strukturiert sind, per definitionem eine friedlichere Welt ist (Russett 1993). Zugleich – und auch dies wird an den Ereignissen seit dem 19.3.2011 deutlich – wird die Zielsetzung des liberalen Interventionismus, sofern es um Demokratieförderung unter Einsatz militärischer Gewalt geht, nicht von allen Demokratien geteilt. Diese innerdemokratische Auseinandersetzung führt dazu, dass die sicherheitspolitischen multilateralen Handlungsrahmen, in denen liberale Demokratien auch (nicht nur) ihre Außen- und Sicherheitspolitik betreiben, nachhaltig geschwächt werden und an ihre Stellen *coalitions of the willing and the able* treten, die sich entweder existierender multilateraler Institutionen als Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen bedienen oder außerhalb dieser handeln.

Um diese These zu entfalten ist der Beitrag wie folgt strukturiert: Zunächst sollen die wichtigsten Tendenzen in den internationalen Beziehungen seit 1990 skizziert werden, die gewissermaßen die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung des liberalen Interventionismus darstellen. Darunter sind zu nennen:

- a) Die Aufweichung der Souveränitätsnorm in der internationalen Politik;
- b) das Ende des politischen Westens;
- c) die Schwächung multilateraler sicherheitspolitischer Institutionen.

Danach wird dargestellt werden, wie sich dieser liberale Interventionismus *in concreto* auswirkt. Dabei wird die These aufgestellt werden, dass der Versuch, subjektive Gerechtigkeitsvorstellungen global durchzusetzen, eine Rückkehr des entgrenzten Krieges zur Folge hat, wie er gegenwärtig gegen Libyen geführt wird.

2. Die Aufweichung der Souveränitätsnorm in den internationalen Beziehungen

Bereits vor dem Ende der Bipolarität erodierte die formale Westfälische Souveränitätsnorm (Buchanan/Keohane 2004; Krasner 1999). Es bildete sich ein innerwestlicher Konsens heraus, dass Souveränität bedingt ist, Staaten auch Pflichten

gegenüber ihren Bürgern haben. Sollte ein Staat diesen nicht nachkommen, muss das Prinzip der Nichteinmischung dem Prinzip der internationalen Pflicht zum Schutz von Individuen weichen. Es gibt zwar einen prinzipiellen Konsens hinsichtlich der Bedingtheit von Souveränität, jedoch keine Einigkeit über die Frage, wer die Autorität zur humanitären Intervention und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten hat und wie das genaue Prozedere dafür aussehen soll. Das Problem der Abwesenheit einer allgemein akzeptierten Autorität ist dadurch verschärft worden, dass die Vereinigten Staaten – bedingt durch ihre militärische Übermacht – für sich das Recht reklamierten, diese notfalls unilateral durchzusetzen. „Sometimes we must take the lead so that others can follow“ legitimierte dies die ehemalige US-amerikanische Außenministerin Madeleine Albright (zit. nach Patrick 2009: 23). Zugleich bildete sich in den USA ein überparteilicher Konsens zwischen Neokonservativen und Liberalen dahingehend heraus, dass Staaten auch mit Blick auf ihre interne Ordnung unterschiedliche Grade der Souveränität besitzen sollten und die Herrschaftsordnung von Staaten der Kern eines „new, principled multilateralism“ (Patrick 2009: 29) werden sollte. Man kann „Teheran nicht wie Tokio“ behandeln, lautet die simple Logik dieses differenzierten Souveränitätsverständnisses. Illiberale (Slaugther 1995: 504) bzw. *outlaw*-Staaten (Rawls 1999: 130) stellen eine größere Bedrohung für die internationale Sicherheit und Stabilität dar als Demokratien und sollten deshalb nicht die gleichen Rechte genießen wie diese. Auch bedarf es frühzeitiger und härterer Vorgehensweisen um sie daran zu hindern, zu einer Gefahr zu werden.

Der Versuch der Neusetzung von Normen verlief in den 1990er Jahren unter westlichen Demokratien weitgehend konsensual und im Jahr 2005 hatte die UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen gar eine Schutzverantwortung der UN als neue Norm angenommen. Die *Responsibility to Protect*, die auf einen kanadischen Vorschlag zurückgeht, betont, dass Staaten nicht frei darin sind, wie sie ihre eigene Bevölkerung behandeln. Wenn Bevölkerungen systematischer Verfolgung oder exzessiver Gewalt ausgesetzt sind und der Staat, in dem diese Menschen leben, seiner Schutzverantwortung nicht nachkommen kann oder dies gar nicht will, so geht die Schutzverantwortung an die Staatengesellschaft über, die dann das Recht hat, Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Bevölkerung zu treffen, welche die Souveränität von Staaten einschränken (Müller 2011: 3 f.). Obgleich eine Mehrheit der Staaten in der Generalversammlung der UN diese Norm verabschiedete, war und ist sie – nicht nur bei autokratischen Staaten – umstritten.

Auch etablierte Demokratien blicken skeptisch auf die Aufweichung der Souveränitätsnorm. Diese Skepsis resultiert zum einen aus der entgegengesetzten Auslegung des gleichen demokratisch-liberalen Gedankenguts hinsichtlich der Frage des

Umganges zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien. Es geht nicht um Mars versus Venus (Kagan 2004), sondern um zwei unterschiedliche Schlussfolgerungen, die aus dem Ideal des Demokratischen Friedens gezogen werden. Aus Sicht der USA sind Diktaturen gefährlich und ihnen wird die internationale Rechtsfähigkeit abgesprochen. Kooperation ist extrem schwierig. Exklusion, Sanktionen, Konfrontation und im Extremfall militärische Intervention erscheinen als geeignete Mittel im Umgang mit ihnen. Die Sichtweise einiger europäischer Staaten sowie anderer Demokratien außerhalb des transatlantischen Raumes (wie z.B. Brasilien und Indien) schließt Interventionen prinzipiell nicht aus. Zunächst wird Nicht-Demokratien jedoch Wandlungsfähigkeit unterstellt. Inklusion in bestehende Strukturen sowie Kooperation gelten als möglich und rechtliche Regelungen als wünschenswert. Zum anderen resultieren die Differenzen aber auch aus der Inkompatibilität zweier Rollen, die die USA seit dem Endes des Ost-West-Konflikts im internationalem System ausüben: die des liberalen Hegemons innerhalb der demokratischen Staatengemeinschaft und die der Großmacht im Internationalen System. Als liberaler Hegemon sind die Vereinigten Staaten prinzipiell multilateralem Handeln und damit auch der Bereitstellung kollektiver sicherheitspolitischer Güter verpflichtet. Als Großmacht mit militärischer *full spectrum dominance* verfolgen die USA jedoch einen robusten Nationalismus, dessen Handlungen (Intervention im Irak) zum Teil im eklatanten Widerspruch zu den Grundsätzen ihrer propagierten Vorstellungen einer neuen, auf Demokratie basierenden Weltordnung stehen. Viele Initiativen werden durch diese Rolleninkompatibilität zweifach deutbar: als machtpolitischer Egoismus oder als Versuch, eine neue liberale Ordnung zu etablieren. Paul T. McCartney (2004: 401 f.) hat diese Ambivalenz wie folgt erklärt: Amerikanischer Universalismus bleibt ein wesentliches Element amerikanischer Identität, kann aber nicht mehr länger mit der Vorstellung eines amerikanischen Exzessionalismus, der die USA scharf vom Rest der Welt trennt, sinnvoll verbunden werden. Die Charakterisierung der USA als „Goliathan“ (Mandelbaum 2005) umkehrend kann man sagen, dass Goliath für Leviathan ein Problem ist. Diese Doppelrolle der Vereinigten Staaten hat in den letzten beiden Jahrzehnten nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass die westlich-demokratische Staatengesellschaft keine politische Handlungseinheit mehr darstellt.

3. Das Ende des politischen Westens

Die Uneinigkeit im transatlantischen Verhältnis hinsichtlich der Frage, welche Strategie man gegenüber dem libyschen Diktator verfolgen soll (die auch zum Teil die deutsche Enthaltung im Sicherheitsrat erklärt), liefert neben dem deutsch-französi-

ischen Widerstand gegen eine amerikanische Invasion in den Irak im Jahre 2003 den deutlichen Beweis für die These, dass der Westen als politische Handlungseinheit nicht mehr existiert. Zwar werden die europäischen Staaten und die USA auch weiterhin durch ihre gemeinsame Geschichte und Kultur aufs engste verbunden bleiben, daraus zu folgern, dass sie aber auch zukünftig eine stabile politische Handlungseinheit bilden werden, ist jedoch verfehlt (Bolaffi 2003).¹ Nach dem Wegfall des gemeinsamen Feindes werden die USA und Europa nur noch auf einer ad-hoc Basis, wenn Interessenidentität vorherrschend ist, gemeinsam handeln. Wenn jedoch Interessendifferenzen zwischen den USA und den Europäern, aber auch unter den Europäern selbst handlungsbestimmend sein werden, wird Außen- und Sicherheitspolitik im transatlantischen und europäischen Rahmen durch Koalitionen der Willigen und Fähigen dominiert sein, die sich teils der vorhandenen Institutionen bedienen werden; wenn dies jedoch nicht möglich sein sollte, werden sie außerhalb dieser handeln. Folgt man dieser Einsicht, so wird auch ersichtlich, warum alle Versuche, den politischen Westen als Handlungseinheit wiederherzustellen, zum Scheitern verurteilt sind, solange sich die Staaten diesseits und jenseits des Atlantiks nicht einer gemeinsamen Bedrohung ausgesetzt sehen, die es dann erforderlich macht, dass die politische Handlungseinheit „Westen“ sich unter hegemonialer Führung der USA oder als balancierte Konfiguration zwischen Europa und den USA rekonstruiert.

Die Diskussion im Umfeld der Libyen-Intervention macht jedoch deutlich, wie sehr der transatlantische und der europäische Westen zum gegenwärtigen Zeitpunkt gespalten sind. Weder Frankreich noch die Bundesrepublik Deutschland haben eine Koordinierung ihrer Politiken im Vorfeld der Intervention als notwendig erachtet geschweige denn den Versuch unternommen, die Gremien und Institutionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zur Koordinierung gemeinsamer europäischer Positionen oder zur Findung eines Compromisses zwischen den divergierenden Positionen Frankreichs und Großbritanniens auf der einen sowie Deutschlands auf der anderen Seite zu nutzen (Garton Ash 2011: 5). Beide Staaten, die einst als der Motor der Europäischen Integration galten, scheinen sich von der Vision einer Vertiefung dieser Integration im außen- und sicherheitspolitischen Bereich mittelfristig verabschiedet zu haben. Im sicherheitspolitischen Bereich scheint sich Frankreich Großbritannien wieder anzunähern,

1 Anders als Angelo Bolaffi und auch Werner Link sehe ich auch nicht die Aufteilung in den amerikanischen und den europäischen Westen, da die Interessendifferenzen unter den Mitgliedstaaten der EU ebenso groß sind wie die zwischen der EU und den USA. Allerdings würde ich in Anknüpfung an beide Autoren auch argumentieren, dass die Rekonstruktion des europäischen Westens eher wahrscheinlich ist als die des transatlantischen Westens.

wobei die gegenwärtige britische Regierung sehr deutlich macht, dass sie an einer Vertiefung der Integration im Rahmen der GSVP kein Interesse hat. Somit scheint das Projekt Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorläufig auf Eis gelegt zu sein. Doch auch die andere Alternative die sich europäischen Staaten bietet, ihre sicherheitspolitischen Interessen im multilateralen Rahmen durchzusetzen, bietet zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein erbärmliches Bild. Obgleich die NATO erst vergangenes Jahr ein „Neues Strategisches Konzept“ verabschiedet hat, das vom NATO-Generalsekretär Rasmussen medienwirksam als die „roadmap“ (NATO 2010) für das nächste Jahrzehnt bezeichnet wurde, herrscht in der Libyen-Frage eine Kakophonie unter den Mitgliedsstaaten. Nicht nur, dass die Allianz erst zu einem späten Zeitpunkt mit der operativen Durchführung der Umsetzung der Flugverbotszone betraut wurde (Frankreich wollte sich die führende Rolle bei den Luftschlägen gegen libysche Stellungen zunächst nicht aus der Hand nehmen lassen); die Zweifel am Sinn einer solchen Operation wurden und werden auch dadurch deutlich, dass sich lediglich *neun* von 28 Allianzmitgliedern aktiv an ihrer Durchsetzung beteiligen. Je länger die Operation gegen Libyen nunmehr dauert, desto sichtbarer werden ihre Probleme. Wie auch im Kosovo ging die Allianz von der falschen Annahme aus, dass man Gaddafi allein durch Luftschläge dazu bringen könnte, den Beschuss und die Belagerung von Städten wie Bengasi und Misrata einzustellen. Wie auch im Kosovo sendete man von Beginn an das Signal, dass ein Einsatz von Bodentruppen nicht in Betracht gezogen wird, obgleich das Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nur Besatzungstruppen ausschließt. Welche Folgen es für die Allianz haben wird, wenn die Operation „Unified Protector“ *mission creep* werden sollte (Bandow 2011), bleibt abzuwarten. Gewiss jedoch wird es den Allianzzusammenhalt nicht stärken. Die Schwächung der beiden – nicht zuletzt aus deutscher Sicht – zentralen multilateralen sicherheitspolitischen Organisationen ist der regionale Ausdruck einer Entwicklung, die sich auch auf globaler Ebene feststellen lässt. Die Rede ist von der Schwächung multilateraler Institutionen, die im Folgenden kurz skizziert werden soll.

4. Die Schwächung multilateraler Institutionen und die Rückkehr von Direktoraten

Die scheinbare Wiederannäherung der USA an die UN, die bereits von George W. Bush in seiner zweiten Amtszeit betrieben wurde, vermag die meisten akademischen Beobachter nicht davon zu überzeugen, dass die „tiefe Krise des sicherheitspolitischen Multilateralismus“ (Ruggie 2003) vorüber ist. Die grundlegenden Differenzen zwischen den USA und den meisten ihrer Verbündeten hinsichtlich der Frage nach

der Zukunft und dem Stellenwert des sicherheitspolitischen Multilateralismus sind nicht beseitigt, sondern nur kaschiert. So hat Charles Kupchan (zit. bei Muscara 2011:) diese Skepsis umschrieben und es bedarf nur des geeigneten Anlasses, wie etwa die Frage nach einem militärischen Vorgehen gegen den libyschen Diktator, dass die Differenzen wieder handlungsbestimmend werden.

Sowohl die Bush- als auch die Obama-Administration betrachten multilaterale sicherheitspolitische Institutionen nicht als Wert an sich, sondern unter Effektivitätsgesichtspunkten. Denn aus Sicht der politischen Elite in den USA ist multilaterales Vorgehen nicht nur mit Senkung von Transaktionskosten verbunden, sondern auch mit hohen Koordinationskosten, die effektives Handeln zum Preis der Legitimität behindern. Auf der anderen Seite will keine amerikanische Administration auf Legitimität verzichten. Die USA stehen jenem Multilateralismus ablehnend gegenüber, der sich nach Jennifer Schense und John L. Washburn (2001) dadurch auszeichnet, dass er universellen Geltungsanspruch hat, bindender in seinem Charakter ist und Großmächten keine besondere Position, etwa in Form von Vetorechten oder *opting out*-Möglichkeiten, einräumt. Der von Washington bevorzugte Vertragsmultilateralismus beruht nicht auf Institutionalisierung, sondern auf Memoranda of Understandings oder auf *Statements of Principals*. Er wird anfänglich von einer kleinen Gruppe demokratischer Staaten ausgehandelt (Byers 2004) und ist weniger bindend als eine formale Vereinbarung. Er ist outputorientiert und weist, wie Nico Krisch (2005) zeigt, Züge bilateraler Vereinbarungen auf, die nicht allen Vertragspartnern die gleichen Rechte und Pflichten einräumen und die Rücksicht auf die Bedürfnisse des stärkeren Verhandlungspartners nehmen. Mit den Worten des ehemaligen Botschafters der USA bei den Vereinten Nationen, John Bolton, liegen die Vorteile dieses Multilateralismus darin, dass es „no headquarters, no secretary-general, no talkfests-and, [...] most important of all, no [...] veto“ (Wall Street Journal 2004) gibt.

Dieser funktionsspezifische Multilateralismus hat jedoch nur noch wenig gemein mit einem Verständnis von Multilateralismus als einer regel- und prinzipiengeleiteten Koordination der Beziehungen zwischen Staaten. An die Stelle vertraglich basierter und damit handlungseinschränkend wirkender multilateraler Institutionen setzen die Vereinigten Staaten zunehmend auf informelle Gremien (wie z. B. die *Proliferation Security Initiative*), die aus ihrer Perspektive flexibler und effektiver sind (Ikenberry 2003) und die die reale Machtverteilung zwischen den USA und den anderen an solchen Initiativen beteiligten Staaten wiederspiegeln. An die Stelle von Politik in Institutionen tritt zunehmend Politik außerhalb von Institutionen, in „weichen“, nur zu einem geringen Maße verregelten Institutionen, in Direktoraten oder sogenannten Koalitionen der Willigen und Fähigen.

Dabei sind diese neuen Formen informeller Politik (Daase 2009) nicht nur als Alternative zum Handeln in etablierten Institutionen zu betrachten. Sie können auch dazu benutzt werden, wie es im Falle der Libyen-Intervention geschehen ist, Druck auf die Entscheidungsgremien auszuüben, um das Handeln solcher Direktorate zu legitimieren. Somit bedeutet die Verabschiedung der Resolution 1973 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vom 17. März 2011, in der dieser mit Bezug auf die *responsability to protect* zum ersten Mal weitreichende Maßnahmen beschlossen hat (Nachwei 2011: 1), nicht eine Renaissance (Varwick 2011) dieser multilateralen Institution, sondern stellt eher den Versuch des Sicherheitsrates dar, ein gewisses Maß an *voice opportunities* (Grieco 1995) über das amerikanisch-britisches-französische Handeln zu wahren.

Die drei skizzierten Entwicklungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Nach dem Ende des macht- und ordnungspolitischen Antagonismus zwischen Ost und West (Link 1988) hat sich sukzessive ein liberaler Interventionismus auf der globalen Ebene – zuvorderst propagiert und implementiert durch liberal-demokratische Staaten – durchgesetzt, der eine Unterscheidung zwischen intern gut und schlecht regierten Staaten und auf Basis dieser Unterscheidung die Souveränität letzterer einschränkt und sich das Recht zur Intervention in diesen Staaten (notfalls mit militärischen Mitteln) vorbehält. Da die Interpretation von eingeschränkter oder abgestufter Souveränität nicht von allen Staaten geteilt wird und das Ende des Ost-West-Konflikts – aus den in diesem Text skizzierten Gründen – auch zu einer Schwächung multilateraler sicherheitspolitischer Institutionen (auf der globalen wie auch auf der regionalen Ebene) geführt hat, werden solche Interventionen vermehrt von Koalitionen der Willigen und Fähigen durchgeführt, wobei diese sich – je nach konkreter Lage – der multilateralen Institutionen als Instrument bedienen oder diese außen vor lassen.

Die Durch- und Umsetzung liberal-demokratischer Wert- und Normvorstellungen bewirkt jedoch – wie auch im gegenwärtigen Fall zu beobachten ist – die Entgrenzung von militärischen Interventionen, mit all den dadurch einhergehenden Problemen, die im nächsten Abschnitt angerissen werden sollen.

5. Die Rückkehr des entgrenzten Krieges

In der realistischen bzw. neorealistischen Tradition, über internationale Politik nachzudenken, herrscht schon seit den 1940er Jahren tiefgreifende Skepsis gegenüber der Möglichkeit, Gerechtigkeit „objektiv“ zu definieren. Gerechtigkeit ist ein Kampfbegriff für die Mächtigen, um die wahren Intentionen ihres Handelns zu verschleiern, schrieb einst Kenneth Waltz (1979: 201). Internationale Politik im Namen

der Gerechtigkeit birgt die Gefahr von unbegrenzten und ewigen Kriegen und gefährdet somit die Grundlagen für Frieden im internationalen System (Waltz 1988: 42 ff.).

Die Aufweichung des Nichteinmischungsgebots, wie wir sie seit geraumer Zeit beobachten können, birgt die Gefahr, dass an die Stelle des Nichtinterventionsgedankens eine sich in alles einmischende „pan-interventionistische Weltideologie“ (Schmitt 1991: 33) tritt. Die Folge einer solchen Entwicklung ist, dass Kriege geführt werden, in denen der *Feind* dämonisiert wird. Um die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung für Interventionen im Namen der Gerechtigkeit sicherzustellen ist es notwendig, den Gegner als das absolute Böse darzustellen. Dies geschah mit Saddam Hussein und Slobodan Milošević und geschieht gegenwärtig mit Muammar al-Gaddafi – einem Mann, der von den Staaten, die sich gegenwärtig aktiv an der Intervention beteiligen, bis vor einem Jahr noch hofiert wurde, weil er ein Bollwerk gegen den islamischen Terrorismus in Nordafrika darstellte und als zuverlässiger Lieferant für dringend benötigte Erdgas- und Erdöllieferungen galt. Die Dämonisierung des Gegners diskreditiert diesen jedoch als Partner für mögliche Waffenstillstandsverhandlungen. Mit dem Bösen per se kann man nicht verhandeln, sondern seine Vernichtung muss das Ziel jeglicher militärischer Intervention sein. Die Folge einer solchen Dämonisierung – und im 21. Jahrhundert auch der Androhung einer strafrechtlichen Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof – ist, dass zu einer Eskalation von Konflikte beigetragen wird, da der „Gegner“ mit dem Rücken zur Wand steht und ihm keine andere Möglichkeit gegeben wird, als „bis zum Letzten“ (Jäger 2011: 8) zu kämpfen. Somit trägt der liberale Interventionismus in letzter Konsequenz zur Eskalation von Konflikten bei und verschlechtert die Situation unschuldiger Zivilisten, die er vorgibt schützen zu wollen.

Widersprüchlich und zur Eskalation von Konflikten beitragend ist auch die militärische Strategie, mit der interveniert wird. Aus innenpolitischen Gründen wird zumeist von Beginn an (so geschehen im Kosovo und auch gegenwärtig in Libyen) wider besseren Wissens der Einsatz von Bodentruppen a priori ausgeschlossen und der Öffentlichkeit suggeriert, dass man solche Interventionen allein unter Rückgriff auf Luftstreitkräfte erfolgreich durchführen könnte. Dabei hat es bislang in der Geschichte der modernen Kriegsführung keinen einzigen Fall gegeben, in denen Luftstreitkräfte allein einen militärischen Sieg herbeigeführt haben (Pape 1996). Für demokratische Staaten ist der ausschließliche Einsatz von Luftstreitkräften die billigste Form der Kriegsführung, da angesichts der militärischen Schwäche des Gegners im Bereich der Luftverteidigung eigene Verluste minimiert werden können, was – so der Glaube – dazu beiträgt, dass die innenpolitischen Widerstände gegen solche Interventionen gering sind, wenn nicht gar ausbleiben (Schörnig 2008).

Dennoch kommen intervenierende Staaten nicht ohne Bodentruppen aus. Dies führt dazu, dass Konfliktparteien zu Auxiliartruppen (Masala 2002: 64) intervenierender Streitkräfte werden. Dies birgt jedoch die Gefahr, dass sich die intervenierenden Staaten für militärische Operationen und politische Strategien der Konfliktpartei, die unterstützt wird, instrumentalisieren lassen. Je weniger man über die Konfliktpartei, die man unterstützt, weiß, desto gefährlicher ist eine solche Liaison, wie das Beispiel der Unterstützung der UCK im Kosovo oder der Nordallianz in Afghanistan zeigt. Auch im Falle Libyens scheint es so, dass es wenig Informationen und gesichertes Wissen über die Zusammensetzung und die politische Zielsetzung des libyschen Widerstandsrates gibt, was die Allianz jedoch nicht davon abhält, diesen militärisch zu unterstützen.

Schwerwiegender als die problematische militärische Strategie, die sich anlässlich solcher Interventionen beobachten lässt, erscheint jedoch, dass solche Interventionen ohne klares politisches Ziel durchgeführt werden. Die Forderung, dass ein Despot gehen muss, ist noch lange kein politisches Ziel. Was man mit einer Intervention dauerhaft erreichen will, ist oftmals unklar. So auch im Falle Libyens. Die Resolution 1973 formuliert kein politisches Ziel und außer der von allen Seiten immer wieder erhobenen Forderung, dass Gaddafi von der Macht vertrieben werden muss, scheint es auch kein solches politisches Ziel zu geben. Christopher Preble (2011) hat dazu richtigerweise angemerkt, dass die Fähigkeit, militärisch einzutreten, scheinbar die Formulierung klarer politischer Ziele ersetzt hat.

Was angesichts dieser Entwicklung in Libyen drohen könnte wäre die Errichtung eines weiteren westlichen Protektorates (Masala 2006) in einem muslimischen Staat, was sicherlich nicht dazu beitragen würde, das Image des Westens in der arabischen Welt zu verbessern. Oder es droht in der Tat *mission creep* mit unabsehbaren Folgen für die NATO, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungs-politik, die Vereinten Nationen und für die Idee der Schutzverantwortung der internationalen Staatengesellschaft. Es scheint als stehe der Westen ein weiteres Mal vor der Wahl zwischen Skylla und Charybdis, vor die er sich durch die Initiierung einer sinnlosen Intervention seiner Wahl selbst gestellt hat.

6. Fazit

Der vorliegende Beitrag hat die Frage gestellt, wie die Libyen-Intervention im Lichte allgemeiner Entwicklungen im Bereich der internationalen Beziehungen zu bewerten ist. Er ist dabei von der These ausgegangen, dass diese Intervention in Kontinuität zu gewissen Entwicklungstendenzen steht, die seit nunmehr zwanzig Jahren zu beobachten sind. Zuvorderst handelt es sich dabei um die Aufweichung

der Souveränitätsnorm in den internationalen Beziehungen, die Staaten unterschiedliche Grade der Souveränität zuweist und diese von ihrer internen Herrschaftsordnung abhängig macht. Die Befürworter einer abgestuften Souveränität sind unter gewissen Umständen bereit, auch militärische Gewalt gegen devante Staaten im internationalen System einzusetzen. Da die letzten zwanzig Jahre aber auch mit einer Schwächung multilateraler sicherheitspolitischer Institutionen einhergegangen sind, finden Interventionen vermehrt außerhalb dieser multilateralen Institutionen durch Koalitionen der Willigen und Fähigen statt. Des Weiteren hat der Beitrag die Probleme thematisiert, die sich im Verlauf von militärischen Interventionen ergeben. Neben einer fragwürdigen militärischen Strategie ist es das fehlende politische Ziel sowie die Wahl problematischer Bundesgenossen, die diese Interventionen auszeichnet. Als Ergebnis kann man somit festhalten, dass die Libyen-Intervention in Kontinuität zu zentralen Entwicklungslinien in der internationalen Politik der letzten beiden Dekaden steht. Im Westen gibt es somit nichts Neues! Ob dies eine gute Nachricht ist kann angesichts der Probleme, die sich gegenwärtig bei der militärischen Intervention in Libyen stellen, angezweifelt werden.

Literatur

- Bandow, Doug*, 2011: Libya: Resisting the Siren Call of Creeping Intervention, http://www.cato.org/pub_display.php?pub_id=13046 (Stand: 21.04.11).
- Bolaffi, Angelo*, 2003: Europa soll sich den USA als Konkurrent stellen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.05.03, 5.
- Buchanan, Allen/Keohane, Robert O.*, 2004: The Preventive Use of Force: A Cosmopolitan Institutional Proposal, in: Ethics and International Affairs 18 (1): 1-22.
- Byers, Michael*, 2004: Policing the High Seas: The Proliferation Security Initiative, in: American Journal of International Relations 98 (3), 526-545.
- Cordesman, Anthony*, 2011 a: Libya: No Fly to Unstable Stalemate or “Regime Kill?”, <http://csis.org/publication/libya-no-fly-unstable-stalemate-or-regime-kill> (Stand: 06.04.11).
- Cordesman, Anthony*, 2011 b: Libya: Will the Farce stay with us (and France and Britain)?, <http://csis.org/publication/libya-will-farce-stay-us-and-france-and-britain> (Stand: 20.04.11).
- Daase, Christopher*, 2009: Die Informalisierung internationaler Politik. Beobachtungen zum Stand der internationalen Organisation, in: Klaus Dingwerth/ Dieter Kerwer/Andreas Nölke (Hrsg.), Die organisierte Welt. Internationale Beziehungen und Organisationsforschung, Baden-Baden, 290-308.

- Garton Ash, Timothy*, 2011: France plays hawk, Germany demurs: Libya has exposed Europe's fault lines. With the west at sixes and sevens, Gaddafi may yet get away with murder. And this in the year of EU unity, *The Guardian*, 24.03.11, 5.
- Grieco, Joseph*, 1995: The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the neo-realist research programme, in: *Review of International Studies* 21 (1), 21-40.
- Ikenberry, John G.*, 2003: Is American Multilateralism in Decline?, in: *Perspectives on Politics* 1 (3), 533-550.
- Jäger, Thomas*, 2011: Am Nasenring, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.03.11, 8.
- Kagan, Robert*, 2004: *Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order*, New York.
- Krasner, Stephen D.*, 1999: *Sovereignty: Organized Hypocrisy*, Princeton.
- Krisch, Nico*, 2005: International Law in Times of Hegemony: Unequal Power and the Shaping of the International Legal Order, in: *European Journal of International Law* 16 (3), 369-408.
- Link, Werner*, 1988: *Der Ost-West Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart (2. Aufl.).
- Mandelbaum, Michael*, 2005: *The Case for Goliath: How America Acts as the World's Government in the Twenty-First Century*, New York.
- Masala, Carlo*, 2002: Militärische Koalitionen. Entstehungs- und Managementbedingungen, in: *WeltTrends* 35 (2), 49-67.
- Masala, Carlo*, 2006: Protektorate erfolgreich managen. Warum externer Staatsaufbau heute so häufig misslingt, in: *Internationale Politik* 61 (März/April), 110-115.
- McCartney, Paul T.*, 2004: American Nationalism and U.S. Foreign Policy from September 11 to the Iraq War, in: *Political Science Quarterly* 119 (3), 399-423. *Mearsheimer, John*, 2010: Imperial by Design, in: *The National Interest* 111 (January/February), 16-34.
- Muscarra, Aprille*, 2011: Libya: Obama Doctrine of Multilateralism on the Line, <http://www.globalissues.org/news/2011/03/25/9023> (Stand: 25.03.11).
- Müller, Harald*, 2011: Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen. Wie sich Deutschland moralisch und außenpolitisch in die Isolation manövrierte, HSK Standpunkt 2/2011, Frankfurt a. M..
- Nachtwei, Winfried*, 2011: Militärintervention in Libyen – Notwendigkeit, Legitimität und Risiken (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Policy Briefing Mai), Berlin.

- NATO, 2010: NATO adopts new Strategic Concept, http://www.nato.int/cps/en/natolive/news_68172.htm (Stand: 19.04.10).
- Pape, Robert A., 1996: Bombing to Win: Air Power and Coercion in War, Cornell.
- Patrick, Steward, 2009: The Mission Determines the Coalition: The United States and Multilateral Cooperation after 9/11, in: Jones D. Bruce (Hrsg.), Cooperating for Peace and Security: Evolving Institutions and Arrangements in a Context of Changing U.S. Security Policy, Cambridge, 20-44.
- Preble, Christopher, 2011: Libya Poses Dangerous Delusion, http://www.cato.org/pub_display.php?pub_id=12934 (Stand: 01.04.11).
- Rawls, John, 1999: The Law of Peoples, Cambridge.
- Ruggie, John G., 2003: This Crisis of Multilateralism is Different: Speech delivered at the UNA-USA National Forum on the United Nations, 26. Juni 2003, www.unausa.org.
- Russett, Bruce, 1993: Grasping the Democratic Peace, Princeton.
- Schense, Jennifer/Washburn, John L., 2001: The United States and the International Criminal Court, in: The International Lawyer 35 (Summer), 614-622.
- Schmitt, Carl, 1991: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, Berlin (unveränderte Ausgabe der 4., erw. Aufl. 1941).
- Schörnig, Niklas, 2008: Macht und Opfervermeidung – Eine theoretisch informierte Betrachtung der aktuellen militärischen Hightech-Transformation, in: Jan Helbig/Niklas Schörnig (Hrsg.), Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Militärische und politische Dimensionen der aktuellen "Revolution in Military Affairs", Frankfurt a. M., 49-62.
- Sinjen, Svenja, 2011: Der Preis der Freiheit. Fall Libyen: Was wir neu denken müssen, in: Internationale Politik 66 (Mai/Juni), 78-83.
- Slaughter, Anne-Marie, 1995: International Law in a World of Liberal States, in: European Journal of International Law 6 (1): 503-538.
- The Editors, 2011: The Libya Intervention, in: The Nation, 11.04.11, 1-2.
- Varwick, Johannes, 2011: Souveränität als Pflicht zu verantwortungsvollem Handeln. Die Vereinten Nationen und die Libyen-Krise, [http://www.frieden-sichern.de/news01.html?&no_cache=1&tx_tt-news\[tt_news\]=734&cHash=4db4641c1945abcb48fa28266f9de658](http://www.frieden-sichern.de/news01.html?&no_cache=1&tx_tt-news[tt_news]=734&cHash=4db4641c1945abcb48fa28266f9de658) (Stand: 15.03.11).
- Wall Street Journal, 2004: The new Multilateralism, 08.04.11, 5.
- Waltz, Kenneth N., 1959: Man, the State and War: A Theoretical Analysis, New York.

Waltz, Kenneth N., 1979: Theory of International Politics, New York.

Waltz, Kenneth N., 1988: The Origins of War in Neorealist Theory, in: Journal of Interdisciplinary History 18 (4), 615-628.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Carlo Masala
Professur für Internationale Politik
Institut für Politikwissenschaft
Universität der Bundeswehr München
Werner-Heisenberg-Weg 39
85577 Neubiberg
E-Mail: carlo.masala@unibw.de